

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

35. Sitzung
14. März 2024

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.43 Uhr
Vorsitz: Marcel Hopp (SPD); stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Marcel Hopp: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses [0178](#)
Bericht Senat von Berlin – BJJ V B 4 – vom 16.05.2023 BildJugFam
Rote Nummer 0989
Prävention von Kinder- und Familienarmut
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0232](#)
Aktuelle und künftige Herausforderung bei der BildJugFam
Prävention von Kinder- und Familienarmut
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Dazu ein Hinweis vorab: Zu Punkt 3 a hat der Hauptausschuss um eine Stellungnahme ohne Fristsetzung gebeten. – Ich gehe davon aus, dass nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses die Anfertigung eines Wortprotokolls beantragt wird. Kann ich hierzu Einvernehmen erzielen? – Das sehe ich.

Zu diesem Punkt begrüße ich sehr herzlich folgende Gäste: Frau Dagmar Lettner, stellvertretende Leitung des Projekts „MitWirkung – Perspektiven für Familien“, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., Herrn Prof. Dr. Ronnie Schöb, Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, und Frau Sarah Wendler, Koordinatorin für Kinderarmutsprävention, Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Herzlich willkommen! – Wir beginnen zunächst mit der Stellungnahme des Senats zu dem Bericht zu Punkt 3 a. – Bitte schön!

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Anzuhörende! Schön, dass Sie da sind! Darüber freue ich mich sehr. Wir als Berliner Senat haben uns seit 2021 eine Rahmenstrategie vorgenommen, die sogenannte Berliner Strategie gegen Kinderarmut, die sich im Wesentlichen in vier Handlungsfeldern ergibt – Teilhabe, Bildung, gesundes Aufwachsen und materielle Versorgung –, und haben dazu fünf strategische Leitlinien für die Umsetzung vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt in der Umsetzung der Armutsprävention vor Ort, das heißt, in den Bezirken, die auch als ganz wichtige Kooperationspartner zu benennen sind, nämlich in der Entwicklung beziehungsweise in dem Auf- und Ausbau von bezirklichen oder kommunalen Präventionsketten. Das ist kein neues Thema, das machen die Bezirke schon seit vielen Jahren. Es ist aber jetzt in der Rahmenstrategie noch mal explizit mit eingebunden, um eine bedarfsorientierte und möglichst lückenlose Unterstützungsstruktur zu schaffen, deren einzelne Elemente miteinander verzahnt sind. Ich glaube, das ist einer der wesentlichen Punkte dieser Strategie.

Wir haben mit der Armutsprävention vor Ort auch im Rahmen des Doppelhaushalts einen Schwerpunkt gesetzt. Sie, die Damen und Herren Abgeordneten, haben in Ihrer Schwerpunktsetzung festgelegt, dass jeder Bezirk neben einer Koordinationsstelle, die finanziert ist, die im überwiegenden Teil der Bezirke bereits arbeitet und eingesetzt ist, jeweils 100 000 Euro zusätzlich bekommt, um entsprechende Schwerpunkte im Bereich der Bildung, der Gesundheit und des Strukturaufbaus – beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligung – umzusetzen. Ich finde schon, dass das ein ziemlich großer Erfolg ist. Selbst wenn sich 100 000 Euro pro Be-

zirk nicht nach viel anhört, ist es aber in der Kombination mit der Koordinationsstelle und den Angeboten, die es bereits gibt, und unserer Rahmenstrategie ein sehr gutes Signal an die Bezirke, sich weiter auszubilden und die Präventionsstrategien weiter voranzutreiben.

Die Berliner Landesstrategie, die Leitlinien umfassen, ich sagte es gerade, fünf Schwerpunkte. Der eine Schwerpunkt ist die Stärkung und der Ausbau der integrierten bezirklichen Strategien. Der zweite Punkt sind die landesweiten Bausteine der Armutsprävention. Der dritte Punkt ist, die Ressourcenausstattung und -steuerung sozialräumlich auszugestalten. Der vierte Punkt ist die Armutssensibilität; auch hier ist nicht immer klar, was darunter zu verstehen ist, und da braucht es in der Praxis noch sehr viel Unterstützung. Der fünfte Punkt ist, die Wirkungsorientierung zu fördern. – Das sind die Kernstücke zum Auf- und Ausbau dieser Strategien. Die bezirklichen Koordinierungsstellen habe ich schon erwähnt. Da geht es auch nicht nur um eine Koordination um des Koordinierens willen, sondern um die enge Verzahnung zwischen den Fachbereichen, die davon betroffen sind, beispielsweise in den Jugend-, Gesundheits- oder Sozialämtern – gemeinsam mit den Angeboten aus freien Trägern und auch des Landes so eng zu verzahnen, dass wir hier möglichst wirkungsvoll agieren können. Deshalb freue ich mich, dass eine Anzuhörende hier auch aus unserem prozessbegleitenden Team mit dabei ist, nämlich von „MitWirkung“ von Gesundheit Berlin-Brandenburg, ein Bereich, der sich seit vielen Jahren sehr intensiv um das Thema kümmert. Die Ausgestaltung – ich hoffe, ich nehme Ihnen jetzt nicht zu viel vorweg – erfolgt hauptsächlich im Bereich der Qualifizierung, auch die strategischen Leitlinien Armutssensibilität, Wirkungsorientierung gegen Kinderarmut aufzunehmen, den Baustein Lernen am Modell, Qualifizierungsinhalte zu ganz konkreten Angeboten ressortübergreifend zu erproben, um möglichst auch die Zugänglichkeit und die Wirkung zu verbessern. Ich glaube, wir haben insgesamt in Berlin schon unheimlich viel. Wir sind gar nicht so schlecht aufgestellt. Häufig gibt es aber auch Defizite, und zwar dergestalt, dass diese Informationen und auch die Angebote nicht zu den Menschen kommen. Wir müssen die Menschen befähigen, diese Angebote zu nutzen, beziehungsweise die Zugänge deutlich besser voranbringen.

Ich möchte noch ein, zwei Stichpunkte aus dem Bereich Armutssensibilität geben. Da haben wir im Prinzip den Dreiklang Wissen, Haltung und Handeln. Es geht also darum, das Wissen über Armutslagen zu verbessern, vor allem auch in der Öffentlichkeit zu kommunizieren: Was ist eigentlich unter „Armut“ zu verstehen? Wie kann man Armut erkennen? Wie können wir die Krisen, die wir in den vergangenen Jahren hatten, Stichwort: Corona und andere, damit einbeziehen und diese Auswirkungen vor allen Dingen erkennen und entsprechend bearbeiten? Deshalb gab es 2022 eine Expertise dazu: „In Armut aufwachsen während Krisenzeiten“, die auch kommuniziert und veröffentlicht wurde.

Die Arbeitsgruppe der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut ist auch bei mir im Bereich aufgehängt. Unser Ziel ist es, praxisorientierte Leitfäden für Fachkräfte zu entwickeln, beziehungsweise haben wir diesen Leitfaden schon entwickelt; der liegt schon vor, und den werden wir auch, denke ich mal, im ersten Halbjahr, sprich: bis zur Sommerpause, veröffentlichen.

Auch zum Thema Wirkungsorientierung haben wir einen entsprechenden Leitfaden entwickelt, und zwar schon im letzten Jahr, der leicht verständliche Werkzeuge und Methoden an die Hand gibt, um unsere Wirkziele aus dem Programm und die Maßnahmen der Kinderar-

mutsprävention deutlich zu verbessern. Auch hier werden wir, allerdings nach der Sommerpause, den Fachkräften einen weiteren Leitfaden an die Hand geben.

Derzeit sind wir in den Gremien der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut mit verschiedenen Bausteinen – das habe ich gerade schon erwähnt – der Armutsprävention in der sehr engen Bearbeitung und werden sukzessive, gerade mit Blick auf andere Vorhaben, die wir in Berlin auf den Weg gebracht haben, Stichwort: Qualitätsstrategie unserer Verwaltung, Einführung des 11. Pflichtschuljahres, des Kita-Chancenjahres, Runder Tisch Kindergesundheit – das habe ich gerade schon erwähnt –, aber auch mit den Elementen des Familienfördergesetzes, auch des Jugendfördergesetzes übrigens, dies deutlich besser voranzutreiben.

Sie sehen, es geht uns darum, dass wir jetzt nicht einfach wild durcheinander in Projektitis verfallen, sondern dass hinter den ganzen Überlegungen eine Strategie steht, wo wir sämtliche Bausteine aus unterschiedlichen Politik- und Handlungsfeldern zusammenführen wollen oder auch zusammenführen, damit hier eine möglichst wirkungsvolle und an den Menschen orientierte Politik umgesetzt wird. – So weit in aller Kürze dazu. – Danke schön!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Kleine Korrektur: Das war die Stellungnahme des Senats zu dem gesamten Tagesordnungspunkt. – Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 b durch die CDU-Fraktion. – Herr Kollege Simon, bitte schön!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich begründe nicht für die CDU-Fraktion, sondern für die Koalition, und freue mich, dass ich das hier heute tun darf, denn es ist uns ein Herzensanliegen, Kinder- und Familienarmut nicht zu akzeptieren – das wollen wir nicht –, sondern möglichst viele Menschen aus der Armut herauszubringen und möglichst in eine Situation zu kommen, in der deutlich weniger Kinder- und Familienarmut in Berlin herrscht als zurzeit.

Es wurde eben schon erwähnt, dass auch der Haushaltsgesetzgeber, unser Parlament, etwas getan hat, um in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 noch zusätzlich gegen Familien- und Kinderarmut vorzugehen. Die 100 000 Euro pro Jahr und pro Bezirk, also das Ganze mal zwölf für die ganze Stadt, für Präventionsmaßnahmen, die aber eingebettet sein müssen in die Landesstrategie, wurden erwähnt. Auch uns als Koalitionsfraktionen ist ganz wichtig, dass wir schauen, was Wirkung entfaltet, denn wir wollen nicht Maßnahmen um der Maßnahmen willen, sondern wir wollen, dass weniger Kinder und Familien in Armut leben müssen.

Ein Wort ist eben schon gefallen: Arbeit. – Arbeit hat sicherlich auch etwas damit zu tun und ist uns auch sehr wichtig, weil es zum einen der Armutsprävention – aus unserer Sicht – dient und zum anderen der Perspektive. Menschen sehen viel eher eine Perspektive und versuchen viel eher sich herauszuarbeiten, wenn sie in Arbeit sind und nicht von außen zugucken und das Gefühl haben, nicht gebraucht zu werden.

Wir als Koalitionsfraktionen sind dankbar, dass wir mit den Anzuhörenden, die heute hier bei uns sind, nicht nur einen kleinen Blick haben, sondern dadurch, dass sie aus verschiedenen Bereichen kommen, einen hoffentlich vielfältigen Blick auf das ganze Thema gewinnen, und freuen uns auf viele Diskussionen, die heute folgen werden, und auf Ihre Beiträge. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank für die Begründung für die Koalition; danke für den Hinweis! – Wir kommen dann zur Anhörung. Sie haben im Vorfeld die Information bekommen, dass Sie gute fünf Minuten haben für den Input. Wir beginnen in alphabetischer Reihenfolge mit Frau Lettner. – Bitte schön!

Dagmar Lettner (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., stellvertretende Leitung des Projekts „MitWirkung – Perspektiven für Familien“): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Liebe, werte Ausschussmitglieder! Ich freue mich, dass das Thema Ihr Interesse findet und dass wir hier unseren Beitrag leisten können. – Herr Liecke! Sie haben mich anmoderiert, und das wollte ich noch einmal bekräftigen, dass ich mit zwei Hüten hier bin: Auf der einen Seite bin ich eine der systemischen Prozessbegleiterinnen, die in und mit den zwölf Berliner Bezirken arbeiten und vor Ort unterwegs sind, und auf der anderen Seite arbeite ich bei Gesundheit Berlin-Brandenburg, einem Träger, der sich schon sehr lange für das Thema gesundheitliche Chancengleichheit und das Thema Präventionsketten einsetzt.

Vorab, weil es wichtig ist: Die Chancen auf ein Aufwachsen in Wohlergehen, auf Bildung und Teilhabe sind zu sehr von der sozialen Lage des Elternhauses abhängig. Es betrifft in Berlin jedes dritte Kind; in machen Sozialräumen liegt der Wert sogar höher. Das heißt, die Dringlichkeit der Frage steht auf jeden Fall an. Ich wage mal einen Blick auf die Familien: Sie stehen vor sehr komplexen Herausforderungen bei der Bewältigung ihres Lebens. An genau diesen Stellen fehlt es an der Chancengleichheit. Es geht auf der einen Seite – Sie haben es auch angesprochen – um die Zugänge zu Leistungen, die häufig nicht so rechtskreisübergreifend sind, wie sie sein könnten. Es geht aber vor allem auch um die Lebenswelten, wo die Familien sind, in Kitas und Schulen. Dort können die Bedarfe und Ressourcen der Familien häufig nicht ausreichend gesehen werden. Das war heute auch ein Schwenk zu dem, was ich in den Beiträgen vorher gehört hatte: Wir Fachkräfte arbeiten immer noch zu häufig nebeneinander her, häufig nicht armutssensibel, das heißt, mit einem Blick für die Lebenswelten und Bedarfe der Familien. Wir arbeiten oft noch zu viel in Projekten. Sie haben es eben auch angesprochen: Wir haben viele erschöpfte Fachkräfte und einen Fachkräftemangel.

Was wir brauchen, sind also mehr denn je gute und gerechte Rahmenbedingungen, die wir schaffen, in den Sozialräumen vor Ort, in den Bezirken, im Land, um genau an diesen entscheidenden Stellen Unterstützung zu schaffen. Das heißt, es sollte kein Zufall sein, ein bestimmtes Angebot, eine bestimmte Leistung zu finden, und es sollte auch kein Glück sein, eine Person zu haben, die sich kümmert, die als bedeutungsvolle Dritte in das Leben von Familien eintreten und dort unterstützen kann, sondern es braucht dieses strukturierte Miteinander, dieses ressort-, ebenen- und professionsübergreifende. – Herr Staatssekretär Liecke! Sie haben es gesagt, es wird schon lange gemacht, und es macht sich einfach nicht alleine, sondern dieses Zusammenwirken, diese Kokreation ist einfach richtige Arbeit. Es ist aber auch der einzige Weg – über Kokreation –, dort überhaupt weiterzukommen. Unserer Ansicht nach ist es genau der Punkt, zu sagen: So, durch Kokreation, können wir tatsächlich die Herausforderung annehmen, und so können wir auch Krisen weiter meistern. Kokreative Prozesse sind die Treiber für Veränderung, und die müssen wir weiter stärken. Wir brauchen dringend diese Veränderung, mit vielen Akteurinnen und Akteuren, auch parteien- und ebenenübergreifend.

Drei Punkte, die mich an dieser Stelle hoffnungsvoll stimmen: Das ist zum einen die Landesstrategie, die wir haben, in der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten mit der wissenschaftlichen Expertise, und es wird auch wahrgenommen, dass das mehr ist als ein Papier. Es kommt langsam ins Rollen, und es wird wahrgenommen, zum Beispiel auch auf der Ebene des Nationalen Aktionsplans der Bundesrepublik Deutschland, auch bundesweit. Wir sind auch eng mit den anderen Bundesländern vernetzt. Das heißt, wir brauchen hier ein Zusammenwirken auch mit diesen Ebenen. Und, das liegt mir besonders am Herzen: Die zwölf Bezirke haben ihr Commitment abgegeben haben, sich hier zu beteiligen. Wir merken, dass es wirklich eine Sogwirkung hat und braucht, weil genau hier die Zusammenarbeit und die Ausrichtung entstehen mit dem Blick, wie es auch in den Handlungszielen ist, auf die Kinder, Jugendlichen und Familien und auf deren Beteiligung, ihre Stimmen zu hören. Auch das macht sich nicht von alleine. Es braucht einfach echt gute Strukturen, die sich weiterentwickeln müssen, und das ist manchmal sehr zäh. Veränderungsprozesse sind zäh. Das ist nicht weniger als ein Kulturwandel. Es braucht diese guten Strukturen von Kernteams, von strategischer Steuerung und so weiter, und davon eher immer mehr. Das ist etwas, das in langen Zeiträumen zu sehen ist.

Es braucht ebenso die Koordination in den Bezirken – ich freue mich, dass gleich Sarah Wendler sprechen wird –, die dort die Leute an den Tisch holen, die an diesen dicken Brettern arbeiten und dazu beitragen. Und, das kann ich vielleicht auch sagen, es braucht auch den Blick und die Unterstützung von außen mit uns als systemischer Prozessbegleitung, denn man braucht einfach diese Stärkung. Sie haben die Punkte angesprochen, das, was wir auch machen mit den Bezirken: Wir qualifizieren, wir bringen zusammen, wir bringen den Austausch, wir coachen, sodass wir dort eng an der Seite der Bezirke sind. – Das sind die Dinge, die mir viel Mut machen. Ich freue mich auf Ihr Interesse und Ihre Fragen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Frau Lettner, das war eine Punktlandung! – Dann kommen wir zu Herrn Prof. Schöb. – Bitte schön!

Dr. Ronnie Schöb (Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft): Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung! – In der Regel wird bei diesem Thema viel über Detailfragen und konkrete Maßnahmen gesprochen; das ist auch richtig so. Aber grundsätzlichere Fragen bezüglich der Struktur der Armutsbekämpfung innerhalb der Grundsicherung werden hingegen kaum gestellt. Das ist meiner Meinung nach sehr bedauerlich, denn die Fehlentwicklungen bei der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut im Rahmen der Grundsicherung betreffen auch die konkrete Arbeit in der Armutsbekämpfung vor Ort. Ich möchte deswegen in meiner Stellungnahme kurz auf die Schnittstellen der Armutsbekämpfung vor Ort zur Bundespolitik eingehen.

Eine Absicherung von Kindern ist nicht ohne eine gleichzeitige Absicherung aller in einem Haushalt lebenden Familienmitglieder möglich. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist damit immer auch ein integraler Bestandteil einer umfassenderen Grundsicherung. Darauf hat jüngst der Wissenschaftliche Beirat beim BMF hingewiesen und entsprechende Vorschläge einer Reform unterbreitet. Wie sieht der Status quo momentan aus? – Das Problem ist, dass wir bei Geringverdienern mit Kindern momentan zwei schlecht aufeinander abgestimmte Grundsicherungssysteme haben: auf der einen Seite das Bürgergeld und auf der anderen Seite ein zweites Grundsicherungssystem, das ein Potpourri aus Wohngeld, Kinderzuschlag und Kindergeld umfasst. Die Existenz dieser Zweiteilung führt zu zwei fundamentalen Missständen in

der Grundsicherung und verschärft damit auch das Problem der Kinderarmut. Das Erste – es wurde vorher schon einmal angesprochen – sind die unzureichenden Arbeitsanreize. Arbeit sollte sich stärker lohnen, damit Betroffene leichter wieder von staatlicher Fürsorge unabhängig werden können. Derzeit haben wir hingegen ein völlig intransparentes, völlig unzureichendes und regional sehr stark divergierendes System von Arbeitsanreizen. Was bedeutet das konkret? – Wenn man sich das in Berlin anschaut, dann ist es so, dass viele Familien mit Kindern, die noch im Bürgergeld sind, mit Transferentzugsraten von 100 Prozent rechnen müssen. Das heißt, wer mehr arbeitet, verdient keinen Cent mehr. Wer hingegen in dem zweiten Grundsicherungssystem ist, hat es ein bisschen besser, aber auch hier haben wir Transferentzugsraten von 95 Prozent.

Das zweite große Problem ist die Ungleichbehandlung bei der Bedarfsabsicherung. Man sollte sich immer klarmachen, dass die Grundsicherung eine bedarfsorientierte Absicherung ist. Das ist aber so ausgestaltet, dass wir hier tatsächlich gleiche Haushalte ungleich behandeln. Im Status quo haben Haushalte, die wenig Miete bezahlen, nach Abzug der Warmmiete häufig mehr für den alltäglichen Bedarf zur Verfügung als vergleichbare Haushalte, die in Wohnungen mit hohen Mieten wohnen. Nur um ein Beispiel zu machen, um das zu illustrieren: Wenn wir einen Haushalt mit zwei Kindern haben, in dem ein Alleinverdiener zumindest einer Lohnarbeit nachgeht – das sind etwas über 2 000 Euro –, dann ist es so, dass die Familie, die eine Wohnung hat, die 300 Euro weniger kostet als die einer Vergleichsfamilie, nach Abdeckung der Mietkosten 180 Euro mehr für den alltäglichen Bedarf zur Verfügung hat als die Familie in der teureren Wohnung. Der Grund liegt einfach in dieser zweigeteilten Grundsicherung; nämlich derjenige, der niedrige Mietkosten hat, hat eine niedrigere Förderung und wechselt daher frühzeitig in das zweite Grundsicherungssystem. Das führt zu einem Paradox, denn je niedriger die verfügbaren Einkommen, inklusive des Einkommens, das man braucht, um die Miete zu bezahlen, desto mehr Geld hat man für die Abdeckung des alltäglichen Bedarfs. Das heißt, diese Orientierung an nominalen Einkommen, wie etwa bei der Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze, übersieht dieses Problem vollkommen und führt deswegen oft dazu, dass wir letztendlich ein verzerrtes Bild vorfinden. Derjenige, der mehr für den alltäglichen Bedarf vom Staat bekommt, gilt nämlich grundsätzlich immer als der Ärmere; es ist aber genau das Gegenteil der Fall.

Eine strukturelle Reform der Grundsicherung kann diese Fehler korrigieren und damit auch eine bessere Armutsprävention von Familien ermöglichen. Sie kann dabei auf bestehende Strukturen aufbauen. Das gilt insbesondere in Hinblick auf die Rechtskreise, aber auch in Hinblick auf Verwaltungsabläufe. Sie sollte aber drei Grundprinzipien konsequent umsetzen: Alltägliche Bedarfe werden durch individuelle Förderleistungen abgedeckt, Wohnbedarfe werden ausschließlich auf Haushaltsebene abgedeckt, und wer mehr verdient, bekommt durchgängig mehr als derjenige, der weniger verdient.

Nun, was bedeutet das? – Wir brauchen im Grunde drei Säulen einer Grundsicherung: das, was wir momentan im Bürgergeld haben, aber das nur bezogen auf diejenigen, die arbeiten oder arbeitsfähig sind, eine Kindergrundsicherung als integraler Bestandteil einer solchen übergeordneten Grundsicherung und eine allgemeine Wohnbedarfsabsicherung, die die Kosten der Unterkunft im Bürgergeld und das heute danebenstehende Wohngeld zusammenfasst; das könnte zum Beispiel im Rahmen des SGB II integriert werden. Bei der Grundsicherung sollte dann sichergestellt werden, dass durchgängig ein Mindestanteil von mindestens circa 30 Prozent des zusätzlichen Bruttoeinkommens als verfügbares Einkommen auch bei den betroffenen Haushalten ankommt. Damit wird die Selbsthilfe bei der Armutsprävention nachhaltig gestärkt, und wie die Berechnungen in einem Gutachten für das BMAS kürzlich gezeigt haben, ist dies auch durchaus aufkommensneutral umsetzbar. Das Land Berlin kann sich im Rahmen seiner Mitwirkung im Bundesrat für eine effizientere und einheitlichere Grundsicherung auf Bundesebene einsetzen. Ein einheitliches Grundsicherungssystem kann dann einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Bekämpfung der Armut von Kindern leisten, und es schafft damit auch zusätzliche finanzielle Spielräume für die Berliner Strategie zur Armutsprävention vor Ort. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Herr Prof. Schöb, auch das war sehr gut in der Zeit! Sie können auch alle gern im Nachgang auf die Fragen hin weiter ins Detail gehen. Jetzt kommen wir aber erst einmal zu Frau Wendler. – Bitte schön!

Sarah Wendler (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Koordinatorin für Kinderarmutsprävention): Auch von mir vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich, heute als eine der Koordinatorinnen für Kinderarmutsprävention hier vor Ihnen sprechen zu können. Es gibt ja mittlerweile erst drei Koordinatorinnen. Ich war damals die erste und bin jetzt seit einem Jahr quasi im Amt und würde jetzt natürlich vor allem aus Lichtenberg berichten, aber auch gleich schon mal zu Frau Lettner gucken, denn die Prozessbegleitung durch „MitWirkung“ ist so eine tolle Arbeit. Wir haben einen monatlichen Jour fixe; ich freue mich auf den am morgigen Tag. Ich glaube, wenn wir das nicht hätten, wäre die Arbeit sehr viel schwieriger, als sie eh schon ist aufgrund der Fülle an Aufgaben, die man hat.

Lichtenberg hat sich schon 2019 auf den Weg gemacht, eine kindzentrierte Präventionskette für Kinder von 0 bis 18 Jahren gegen Armut aufzubauen. Schon damals war auffällig, wie hoch die Zahlen in einem wohlhabenden Staat wie Deutschland sind. In den letzten Jahren sind sie weiter gestiegen. Mittlerweile ist auch jedes fünfte Kind in Lichtenberg von Armut bedroht. Es gibt bei uns ein Netzwerk von circa 50 bis 60 Personen – Akteurinnen und Akteure aus allen Bereichen, ressortübergreifend, ebenenübergreifend, teilweise ehrenamtlich im Amt, aus den Bezirksämtern, aus Hochschulen, aus den Senatsverwaltungen –, die sich in verschiedenen AGs auf den Weg gemacht haben, die Kinder- und Familienarmut im Bezirk zu bekämpfen. Ich habe vor meiner Elternzeit selbst erst im Familienbüro gearbeitet und konnte dann vor einem Jahr diese Aufgabe übernehmen und freue mich sehr, dass ich das machen konnte. Wer es mitbekommen hat: Es gab eigentlich zwei Stellen bei uns, und es hat sich leider ein bisschen verflüchtigt, und Frau Schuler hat im Sommer die fachliche Steuerung übernommen und ich quasi die Koordinationsstelle, die ich dann innehatte. Nachdem einige Projekte, die in den letzten zwei Jahren im Bezirk entwickelt wurden, monetär nicht unterstützt werden konnten mit Bezirksgeldern, haben wir im Herbst angefangen, eine Bestandsaufnahme zu machen, und geguckt: Welche Bedarfe haben wir eigentlich im Bezirk? Was gibt es alles schon in den Einrichtungen? Wen müssen wir direkt ansprechen? – Wir sind dieses Jahr gestartet mit vier Arbeitsgruppen, die sich thematisch an die Berliner Gesamtstrategie gegen Kinder- und Familienarmut adaptieren. Dazu möchte ich kurz skizzieren, welche das sind, sodass Sie einen Überblick haben.

In der AG Gesundheit wurden zuletzt die Schulgesundheitsfachkräfte konzipiert. Ende 2022 wurden in Lichtenberg drei Schulgesundheitsfachkräfte an sechs Schulen im Bezirk eingesetzt, davon vier Grundschulen und zwei Oberschulen. Seit Anfang des Jahres arbeiten die Schulgesundheitsfachkräfte nach Absprachen zwischen Schulen und Bezirk nur noch an den vier Grundschulen. Da die drei Fachkräfte aber mittlerweile so gut an den Schulen angekommen sind und es auch keiner weiteren Lobbyarbeit quasi bedarf, haben wir uns in der AG darauf verständigt, das Thema Ernährungsarmut im Bezirk anzugehen und zugleich die Zahngesundheit zu verbessern. Wie wir alle wissen, ist zwar der Regelsatz im SGB-II-Bezug durch das Bürgergeld gestiegen, jedoch steht für Essen und Trinken pro Tag nur eine Summe von 3,67 Euro für Kinder zwischen null und fünf Jahren zur Verfügung. Bei Kindern ab sechs Jahren sind wir bei 4,03 Euro; es ist also nicht erheblich mehr. Angesichts der anhaltend hohen Inflation ist fraglich, ob der Bürgergeldregelsatz seine Funktion zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums noch erfüllen kann oder ob er nur noch dem Erhalt der rei-

nen Existenz dient. Deswegen möchten wir uns mit dem Thema beschäftigen. Hinzu kommt, dass wir demnächst in Absprache mit der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sind, um eine Ernährungsstrategie für Kinder und Familien aufzubauen. Viele Familienzentren und auch Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk bieten schon Kochabende, gemeinsame Frühstücke oder Ernährungstipps, oft auch auf Spendenbasis, an. Jedoch kommt das nicht bei jeder Familie an, und Sie wissen alle, dass auch nicht jedes Kind eine Kita besucht, wo es ein kostenfreies oder sehr günstiges Mittagessen gibt.

Auch das Thema Zahngesundheit schließt sich hier an, denn anhand der letzten Zahlen, die ich finden konnte, die zwar von 2016 sind – Sie finden den Bericht im Internet –, kann man schon sehen, dass der Zahnstatus vor allem in Neu-Hohenschönhausen, das liegt im Norden des Bezirks, sehr schlecht ist. Auch aus aktuellen Gesprächen mit der Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes und des Zahnärztlichen Dienstes wird die Lage immer akuter, auch bedingt durch die Coronapandemie, denn die Kitas haben aufgehört, Zähne zu putzen, und ich weiß aus eigener Erfahrung durch die Kita meiner Tochter, sie haben auch nicht wieder damit angefangen. Bei der Zahngesundheit ist es ja so: Wer schon als Kind schlechte Zähne hat, braucht eventuell Maßnahmen, die das begradigen, eine feste Zahnspange; es ist alles teurer. Schlechte Zähne bedeuten leider auch schlechte Ausbildungschancen und schlechte Jobchancen.

Wir haben noch weitere Arbeitsgruppen, aber ich sehe schon die Zeit. Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, ganz viele Projekte zu machen, unter anderem einen Fachtag für das Bezirksamt zum Thema Armutssensibilität, denn das ist ein großes Thema, und der Fachtag der Senatsverwaltung letztes Jahr war toll. Wir würden gerne daran anschließen, weil wir immer wieder merken, dass es in den Ämtern noch nicht so angekommen ist, wie es sein sollte. – Auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist uns wichtig, denn auf der letzten Kinderarmutskonferenz, die wir im September abgehalten haben, war das ein großes Thema. Wir müssen mehr Kinder und Jugendliche beteiligen, wir müssen mehr an die Familien denken, die in der Grauzone leben. Ich kann es aus eigener Erfahrung sagen: Wenn man 3 Euro über dem Regelsatz ist, um Leistungen zu bekommen, dann wird man einfach ausgeschlossen von sämtlichen Soziale-Teilhabe-Leistungen und so weiter, und das wollen wir verhindern. Es geht bei uns nicht mehr nur um die Familien im SGB-II-Bezug, sondern auch um Familien, die kurz darüber sind und mit teilhaben wollen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen lieben Dank! – Wir kommen jetzt zur Beratung. Als Erstes auf der Redeliste steht Frau Seidel. – Bitte schön!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen herzlichen Dank! – Vielen Dank auch in Richtung Senat! Vielen Dank in Richtung der Anzuhörenden für das Update, das wir heute bekommen haben! Wir haben ja im Jahr 2017 angefangen, an der Landeskommision und an der Strategie zu arbeiten. 2021 ist dann beschlossen worden, dass der Senat dazu den Angriff startet und die Landeskommision auf die Schiene setzt. Ein tolles ressortübergreifendes Arbeiten! Es ist ein Leuchtturmprojekt, auch im Bundesgebiet; das haben Sie auch schon angedeutet. Ich freue mich sehr, dass auch diese Koalition das Projekt weiter fortführt und auch mit Finanzen unterlegt hat im Haushalt mit den 100 000 Euro pro Bezirk. Das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Ich denke, das wird auch gebraucht.

Ich möchte ganz kurz etwas in Richtung Senat fragen zu dem Stellungnahmeersuchen zu dem, was der Senat im Mai berichtet hat. Da kamen jetzt noch ein paar Aussagen, die mich ein bisschen irritiert haben. Wie ist es denn jetzt in den Bezirken aufgestellt? Wie viele Koordinatorinnen und wie viele Kernteams gibt es in den Bezirken? Der Bericht ist ja vom Mai 2023. Seitdem hat sich möglicherweise etwas getan. Da wüsste ich gerne, wie das nun ist, denn Frau Wendler sprach gerade von drei Koordinatorinnen in Lichtenberg. – [Zuruf der Anzuhörenden Sarah Wendler (BA Lichtenberg)] – Nein? Insgesamt? – Okay, dann will ich es auf jeden Fall wissen, wie das jetzt genau ist. Dann habe ich da den Anschluss irgendwann verloren.

Ich habe noch eine weitere Frage, auch zu diesem Bericht, wie gesagt, vom Mai 2023. Da ging es um den Aufbau der Koordinierungsstrukturen zur Öffentlichkeitsarbeit, und da standen damals in den Bezirken auch Sachmittel zur Verfügung, 8 000 Euro pro Bezirk. Und hier steht, dass nicht alle Bezirke die Sachmittel in Anspruch genommen haben, weil das geknüpft war an das Vorliegen eines Kurzprofils und eines Erstgesprächs. Das wäre natürlich schade, wenn es dabei geblieben ist. Da wüsste ich ganz gerne, wie sich das weiterentwickelt hat oder ob wir damit rechnen müssen, dass da noch mehr Vernetzungsarbeit gemacht werden muss, damit auch alle diese Mittel in Anspruch nehmen; wäre ja total schade darum.

Dann wüsste ich gerne von Frau Lettner: Sie haben gesagt, dass Fachkräfte noch zu häufig aneinander vorbeiarbeiten. – Da würde mich mal interessieren, weil wir das in der Vergangenheit schon oft gehört haben – wir haben auch nicht die erste Anhörung zum Thema hier in diesem Ausschuss –: Können Sie das konkretisieren? Wie ist die Kooperation, die Zusammenarbeit mit den Schulen, das würde mich interessieren, oder auch mit der Jugendhilfe, der offenen und der freien, sowie mit den Jugendämtern? Bei Letzteren wissen wir, dass sie personell stark beansprucht sind. Vielleicht können Sie das noch ein bisschen konkretisieren. Auch habe ich die Frage, wie sich die Beteiligung von Kindern und Familien konkret vor Ort gestaltet. Ich weiß, dass beispielsweise der Familienbeirat pro Legislaturperiode einen Bericht mit vielen Foren macht. Die haben auch diese Zielgruppe im Fokus: Menschen, die mehr zu Teilhabe gebracht, geholt, abgeholt werden müssen. Das würde ich gern noch konkret wissen.

An Herrn Schöb habe ich auch eine Frage. Ich gebe zu, ich muss mir das, glaube ich, im Wortprotokoll alles noch mal genau durchlesen, diese Rechenmodelle, weil Sie tatsächlich etwas ansprechen, was auf Bundesebene konkrete Veränderungen braucht. Ich habe selbst auch das Problem mit diesem – Sie nannten es so – „Potpourri“ an Leistungen, das zu Grundversicherungsleistungen dazukommt. Es ist ja gerade der Gedanke der Kindergrundsicherung, diese hohen bürokratischen Hürden, die die familienpolitischen Leistungen vielfach haben, zu überwinden und mit einer Kindergrundsicherung zu starten, mit einem Sockelbetrag und dann mit entsprechenden Aufstockungen, je nach Bedarf in der Familie. Das sehe ich auch so. Glauben Sie, dass das, was Sie eben vorgeschlagen haben, in den nächsten zehn Jahren irgendwie zu bewegen ist auf Bundesebene? Wir können uns als Land Berlin natürlich immer im Bundesrat einbringen und Initiativen einreichen, das haben wir zuletzt zur Kindergrundsicherung auch gemacht, dass wir das beantragt haben; trotzdem kommt es schwer in Gang. Zum Konzept der Kindergrundsicherung, wie es jetzt vorliegt, will ich fragen, wie Sie das aktuell bewerten, wenn Sie das möchten oder wenn Sie da auf dem Laufenden sind.

An Frau Wendler habe ich die Frage: Das mit den Gesundheitsfachkräften – da waren Sie ganz großer Vorreiter in Lichtenberg – stand ja immer in Teilen auf der Kippe. Deshalb freut es mich sehr zu hören, dass dort drei Kolleginnen arbeiten und dass Sie da auch weiter auf

dem Sprung sind und ganz offensichtlich auch mit der Verbraucherzentrale Berlin in Sachen Ernährungsstrategie zusammenarbeiten. Die haben da ganz tolle Konzepte; kann ich eigentlich allen nur empfehlen. Das finde ich super. Da würde ich mich auch gerne zeitnah mit einlinken, weil ich zum Beispiel auch für Verbraucherschutz und Ernährung zuständig bin für meine Fraktion. Das ist wirklich interessant und macht Spaß, und man kann dort viel vernetzen.

Was mir an Ihren Ausführungen besonders gefallen hat, ist, dass es natürlich nicht nur um Familien im Sozialleistungsbezug geht, sondern dass wir einen großen Graubereich von Menschen haben, die so ein kleines bisschen über dem Leistungsanspruch liegen, die aber trotzdem in Armutsgefährdungslagen arbeiten, weshalb wir uns als Land Berlin, damals unter Rot-Rot-Grün noch und auch mit breiter Zustimmung im Parlament, auf den Weg zu einer Gratiskultur gemacht haben, parallel zur Arbeit an der Grundsicherung und an der Verbesserung der Teilhabe von Familien und Kindern in den Bezirken, also parallel zur Arbeit an den Präventionsketten, die natürlich immer dichter geflickt werden müssen. Das hat Frau Lettner interessanterweise gut ausgeführt. Also diese Gratiskultur: kostenloses Mittagessen, keine Kitagebühren, kostenloses Schülerticket, dass wir das Netzwerk Familienzentren ausgebaut haben, die Familienservicebüros – Sie haben gesagt, Sie haben selbst in einem Familienbüro gearbeitet –, das alles sind Bestandteile von dem, was auch Herr Liecke meinte – dazu gehört natürlich auch das Jugendfördergesetz und dergleichen –, also Teilhabe zu ermöglichen ohne Bedürftigkeitsnachweis. Das ist die zweite große Säule oder der zweite Weg, auf den wir uns hier gemacht haben mit dem Land Berlin. Es freut mich, dass Sie das auch im Blick haben, denn dieser Graubereich ist tatsächlich groß. Ich stelle jährlich eine Schriftliche Anfrage zu Kinderarmut in Berlin, und es variiert ganz geringfügig. Es ist im Durchschnitt von Berlin immer ein Viertel aller minderjährigen Kinder von 0 bis 18 Jahren, die tatsächlich gezählt werden können – da ist der Graubereich nicht dabei –, da gilt der Bezug von Sozialleistungen. Das kann uns natürlich nicht ausreichen. Seitdem ich das mache, seit 13 Jahren, haben sich die Zahlen nur so geringfügig verändert, dass es, denke ich, eine große Aufgabe für uns hier bleiben wird. – Jetzt mache ich erst mal einen Punkt. – Danke schön!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Frau Seidel! – Als Nächstes Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich würde nur ein paar ergänzende Fragen stellen, und zwar: In wie vielen Bezirken gibt es bereits eine bezirkliche Strategie für die Kinderarmutsprävention? Ich weiß, dass Reinickendorf zum Beispiel recht spät war, Lichtenberg sehr früh. Welche bezirklichen Unterschiede gibt es, und wie ist der aktuelle Stand?

Dann wollte ich Sie alle als Expertinnen beziehungsweise Experten fragen: Wir haben ja eine Pandemie hinter uns, und wir haben jetzt sehr viele geflüchtete Kinder in der Stadt, die auch Kriegserfahrung haben. Wie wirkt sich das aus auf die Situation der Familien und eben auch auf das Thema Armut?

Den Senat wollte ich gerne fragen: Wie sieht der länderübergreifende Austausch aus, denn Berlin ist ja Vorreiter bei der Kinderarmutsprävention? Welche Formate gibt es da? Was ist da der aktuelle Stand, um möglicherweise auch mit anderen Ländern gemeinsam Dinge adressieren zu können?

Ich wollte auch noch mal konkret fragen, weil es in der Presse eine Auseinandersetzung gibt zu der Frage: Ist es überhaupt nötig, dass wir kostenfreie Leistungen in Berlin für alle bereitstellen, unabhängig vom Elterneinkommen? Das betrifft die Kitakostenfreiheit, Hortgebühren kostenfrei, kostenfreies Schulmittagessen und ÖPNV-Ticket, Lernmittelfreiheit. Das sind ja alles entscheidende Dinge. Da wollte ich Sie als Expertinnen und Experten fragen, welche Effekte es haben kann, die Bedürftigkeit dort nicht nachweisen zu müssen, bei der Prävention gegen Kinderarmut, bevor sie eintritt, und das auch als breite Strategie zu sehen und nicht nur zu sagen: Eltern, die das Geld haben, sollen Nachweise bringen oder ansonsten zahlen.

Dann noch zwei Punkte: Das eine sind die Alleinerziehenden als größte Gruppe, die armutsgefährdet ist. Wie ist da der Stand? Dort haben wir auch Koordinierungsstellen und Netzwerke geschaffen. Wie bewerten Sie das? – Das andere sind die Schulgesundheitsfachkräfte, bei denen wir ein tolles Modellprojekt in Lichtenberg haben; Sie haben es gerade angesprochen. Da würde ich gern an den Senat adressieren, denn wir hatten mehrere Anfragen dazu, dass der Senat nicht plant, dieses Modellprojekt auszuweiten – es soll ja eine Evaluation stattfinden –: Wie ist der Stand der Evaluation? Und bietet das Startchancen-Programm, das gerade in der Diskussion ist, mit Blick auf die multiprofessionellen Teams an den Schulen die Möglichkeit, in den belasteten Regionen auch die Schulgesundheitsfachkräfte als eine Gruppe der multiprofessionellen Zusammenarbeit zu stärken und einzustellen?

Vorsitzender Marcel Hopp: Lieben Dank! – Frau Burkert-Eulitz, bitte schön!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Die Kolleginnen haben schon erwähnt, dass das ganze Projekt 2017 unter R2G gestartet ist. Das Projekt vorher unter Rot-Schwarz war gescheitert, sodass man noch einmal von vorne angefangen hat zu arbeiten. Deswegen freuen wir uns selbstverständlich auch, dass das ganze Projekt fortgeführt und hoffentlich auch weiter ausgebaut wird.

Mich würde interessieren – in Richtung aller Beteiligten, die dazu Auskunft geben können –, wie es weitergeht. Die Strategie ist jetzt zwei, drei Jahre alt. Was ist aus Ihrer Sicht notwendig an Neuerungen? – Ich würde auch Richtung Senat fragen: Ich weiß zum Beispiel aus Mitte, dass die sich schon Gedanken gemacht haben, wie die Kindergrundsicherung in der Auszahlung mit umgesetzt werden kann. Das soll jetzt bei den Familienkassen sein, aber da gibt es auch schon Kooperationen zwischen den Jugendämtern und den Familienkassen. Wie ist der Stand auf Landesebene? Wie kann das dann auch umgesetzt werden?

Von Ihnen, Frau Lettner, würde ich gerne wissen wollen, was „Kokreation“ in der Praxis heißt, wie ich mir das praktisch vorstellen muss. – Auch noch mal zu den Gesundheitsfachkräften in den Schulen: Herr Krüger und ich waren neulich in einer Runde in Hohenschönhausen. Da waren auch Kollegen von der CDU dabei, jedenfalls ein Abgeordneter mit einem Wahlkreis dort, und die Stadträtin, die alle ganz begeistert waren von dem entsprechenden Projekt und gesagt haben, dass sie sich dafür einsetzen wollen. Da das Ihre Kolleginnen und Kollegen waren, frage ich auch in die Runde, Richtung Senat, wie das aussieht, wenn wir jetzt auch alle begeistert sind von diesem Ansatz, wie das umgesetzt werden kann, weil es auch Wirkung zeigt. Auch die Schulleitungen, die dort in der Runde waren, waren total begeistert davon, da sie auch den hohen Bedarf sehen für Kinder, die dann eben nicht nach Hause geschickt werden. Die Eltern können in der Zeit arbeiten, weil sie ihre Kinder nicht abholen und nicht von ihrer Arbeit wegrennen müssen. Das hat auch eine wirtschaftliche Folge, wenn we-

niger Arbeitszeit verloren geht. Weil Kinder vor Ort versorgt werden können, ist das ja ein Ansatz, den man auch aus einer anderen Richtung betrachten kann. – Wie geht das ganze Projekt weiter? Was ist vorgesehen? Mich wundert auch: Die Mittel für die bezirklichen Koordinatorinnen haben wir schon in einem letzten Haushalt eingestellt. Wenn da erst drei sind, ist die Frage: Warum sind da nur drei, und was wird unternommen, damit aus den dreien ganz schnell zwölf werden? Welche Priorität sehen Sie darin? Es nützt nichts, wenn 100 000 Euro und das Geld für die Koordinatorinnen in Haushalten vorgesehen sind und es tatsächlich nicht umgesetzt wird; dann verpufft das Ganze. Dann ist auch eine solche Strategie schön, die sich im Bund gut verkauft und in anderen Bundesländern, die das toll finden, wenn das vor Ort, in der Realität eigentlich gar nicht stattfinden kann, weil die Menschen nicht da sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Frau Schedlich, bitte!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von mir danke an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen! – Ich wollte auch vor allen Dingen noch mal zum Thema Koordinatorinnen und Koordinatoren in den Bezirken nachfragen, vor allem in Richtung Senat, ob Sie uns sagen können, in welchem Stadium der Besetzungsverfahren die anderen Bezirke sind, und vielleicht auch einfach kurz, welches die drei Bezirke sind, in denen es jetzt schon Koordinatorinnen und Koordinatoren gibt.

Frau Wendler! Ich hoffe, ich habe es nicht überhört, aber ich glaube, Sie haben noch nichts zum Thema Wohnungslosigkeit von Familien gesagt. Mich würde auch interessieren, inwiefern das in Ihrer Arbeit eine Rolle spielt. Das stelle ich mir sehr herausfordernd vor beim aktuellen Wohnungsmarkt.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Freier-Winterwerb!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Auch ich möchte mich natürlich herzlich für die Vorträge bedanken. – Ein Thema, das mich ein Stück weit umtreibt, ist vorhin mitgeschwungen neben dem, dass wir uns angucken müssen, dass wir die unterschiedlichen Förderinstrumente zusammenfassen: dass es, ich sage mal vorsichtig, sich teilweise auch nicht lohnt zu arbeiten. Da würde ich eher an die niedrigeren Lohngruppen herangehen und das Mindesteinkommen dort steigern, als dass ich gucken würde, dass ich bei den Transferleistungen geringer herangehe. Das hat ja letztendlich auch positive Folgen für die höheren Lohngruppen.

Ansonsten ist meine Beobachtung, und dafür bin ich auch sehr dankbar: dass wir das alle miteinander getragen haben, weiterführen und auch weiter verstärken wollen, diese Kostenlos-Politik, diese kostenlosen Angebote für alle, dass wir die deutlich ausbauen, stärken, vorantreiben und so weiter und so fort, und ich glaube, dass wir auch da noch mal miteinander überlegen müssen: Wie bekommen wir das eigentlich hin, dass das Ganze barrierefreier funktioniert? Ich nehme wahr, dass in ganz vielen dieser Bereiche eher Leute davon profitieren, die schon ein Stück weit wissen, wie es funktioniert, wie man an Leistungen herankommt, die wissen, wo man Unterstützung bekommt. Bei den Familien, über die wir heute sprechen, habe ich aber das Gefühl, dass so ziemlich alle oder sehr viele von den Angeboten, die wir so machen, die Schutz- und Hilfesysteme, die wir installiert haben, dass wir damit überhaupt nicht ankommen. Ich nenne mal so etwas wie: Es ist toll, dass wir eine kostenlose Kita haben, aber genau die, die wir haben wollen, kriegen wir nicht in die Kita. Da gibt es jetzt das Kita-

Chancenjahr, und da gibt es Ideen und so weiter und so fort; aber das ist jetzt nur ein Beispiel von ganz vielen. Wir können tolle Kindereinrichtungen und Jugendfreizeiteinrichtungen, also Jugendarbeitsangebote haben, aber wenn dort Kinder, die das Bedürfnis hätten, sich auch selbst zu entfalten, überhaupt gar nicht ankommen, dann haben wir ein Problem. Das ist bei ganz vielen dieser Angebote so, dass wir tolle Ideen haben, wir viel Geld in die Hand nehmen und eine Zielgruppe haben, die wir im Blick haben, aber die wir, ich würde mal sagen, praktisch nicht erreichen. Das ist ein Befund, der tut mir unglaublich doll im Herzen weh. Weil Sie das beruflich machen und ich nicht, hätte ich da gerne noch die eine oder andere Hausaufgabe, vielleicht mit Punkten, was wir da mitnehmen sollten. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Tabor!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank, auch noch mal an alle Anzuhörenden! – Zum Bericht des Senats: Frau Dr. Sabine Hübgen hat berichtet, dass es Lücken in der Angebotsstruktur gibt, die identifiziert wurden. Da würde mich freuen, wenn man darauf noch mal genauer eingehen könnte, welche Lücken das denn genau sein sollen.

Bei der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut geht es darum, die negativen Folgen auszugleichen. Es muss aber auch darum gehen, die Entstehung von Armut zu verhindern, sie also gar nicht erst entstehen zu lassen. So gut, wie freie Kitas oder Hortversorgung oder Schulmittagessen auch sind, mich würde einfach interessieren, ob die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie irgendetwas unternommen hat, auch wenn sie nicht originär dafür zuständig ist, sich mit einer anderen Senatsverwaltung auseinandergesetzt hat, dass man das besser steuert, dass es einfach am Arbeitsmarkt und in der Beschäftigungspolitik in Berlin besser wird, sodass die Familien, die sich für Kinder entschieden haben, gar nicht erst in die Situation kommen, über Kinder- oder Familienarmut nachzudenken.

Christian Lindner, unser Bundesfinanzminister, hat da durchaus etwas Richtiges gesagt: dass man erwerbsfähige Eltern in den Arbeitsmarkt integrieren sollte, und das ist aus meiner Sicht wirklich ein wichtiger Punkt. Immer nur an den Symptomen herumzudoktern, so wichtig das auch ist, denn wir sind nun einmal in der Lage, dass wir den Kindern und Familien helfen müssen, reicht nicht aus, man muss einfach auch an die Wurzeln herangehen.

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung steht etwas zum Punkt soziokulturelles Existenzminimum. Da ist meine Frage: Wie definiert der Senat hier in Berlin diesen Punkt für sich? Sitzt man auch daran? Möchte man etwas ändern an der Definition? Möchte man etwas verbessern? Oder richtet man sich steif nach der Ampelregierung? – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlichen Dank an unsere drei Anzuhörenden, die sich die Zeit nehmen, zu uns zu kommen, mit uns über das Thema zu sprechen und uns von ihrer Sachkunde profitieren zu lassen!

Frau Lettner sprach von jedem dritten Kind in Berlin, das von Armut betroffen sein könnte, Frau Wendler von jedem fünften Kind in Lichtenberg, Frau Seidel von jedem vierten Kind mindestens. Wie auch immer diese Zahlen zustande kommen, wir alle, die wir in diesem Raum sind, wissen, es sind extrem viele, es sind zu viele aus unserer aller Sicht. Deshalb haben wir uns einvernehmlich auf diesen Punkt geeinigt.

Frau Lettner! Ich habe eine kurze Nachfrage zu dem, was Sie angeführt haben. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Meinung sind, dass man eigentlich ermöglichen müsste, dass in arme Familien eine dritte Person als Ansprechpartnerin hereinkommt? Wenn nicht – Sie schütteln schon den Kopf, prima –, vielleicht können Sie in der Antwortrunde gleich noch zwei Sätze dazu sagen.

Ich möchte, da wir nicht nur Fragen stellen, sondern uns auch inhaltlich austauschen, sagen, dass wir als CDU-Fraktion es deutlich anders sehen, als Frau Seidel für die Linksfraktion es gerade ausgeführt hat. Wir sind auch der Meinung, dass Dinge, von denen man nicht sofort sieht, dass sie umsetzbar sind – Sie hatten ja in Ihre eine Frage eingebaut: Glauben Sie, dass das innerhalb der nächsten zehn Jahre umsetzbar ist? – Ich glaube, dass die grundsätzliche Befassung mit politischen Problemen, die wir in der Bundesrepublik haben, auch uns als Landesparlament sehr guttut, weil der Blick über den Tellerrand ganz wichtig ist, da auch wir Kontakt mit bundespolitisch tätigen Kollegen haben, außerhalb unserer Möglichkeit über den Bundesrat, Initiativen einzuführen. Deshalb begrüße ich das sehr.

Ich teile die Kritik von Prof. Dr. Schöb daran, dass, wenn kein Anreiz zur Arbeitsaufnahme vorhanden ist, oft genug und zu oft die Konsequenz ist, die Arbeit nicht aufzunehmen. Sie haben eben erwähnt, etwa 30 Prozent des Einkommens müssten zur eigenen Verfügung vorhanden sein. – Ich meine auch, dass es deutlich mehr als 1, 2 oder 5 Prozent sein müssen. Wie kommen Sie auf die 30 Prozent? Können Sie dazu noch etwas sagen? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Krüger, bitte schön!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich mache es ganz kurz: Mir geht es um den Zugang zu kulturellen Angeboten und zu der kulturellen Bildung, weil ich auch da immer wieder höre, dass das gerade für die Familien und die Kinder schwierig ist, und – Stichwort: kulturelles Kapital – das natürlich auch für den weiteren Lebensverlauf eine große Rolle spielen kann. Was kann man da noch tun, um die Zugänge zu verbessern?

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Damit ist die Redeliste erst einmal erschöpft, und wir geben die Fragen zurück an unsere Anzuhörenden. Suchen Sie sich bitte aus diesem bunten Blumenstrauß einfach das aus, was an Sie adressiert wurde oder wozu Sie etwas sagen möchten! Wir starten in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge. – Frau Wendler, Sie können gerne beginnen, bitte schön!

Sarah Wendler (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Koordinatorin für Kinderarmutsprävention): Vielen Dank für die vielen Fragen! Ich würde einmal mit Frau Seidels Fragen, oder Sie hatte ja gar keine Fragen, sondern eher Anmerkungen, anfangen. Die Schulgesundheitsfachkräfte sind im Bezirk bei uns angekommen. Ich glaube, es kam daher: Es ist tatsächlich bewiesen worden, dass 80 Prozent der Rettungskrafteinsätze abgemindert werden konnten. In

eigentlichen Fällen wurden die Eltern angerufen, die dann ihre Arbeit unterbrechen mussten, oder die verletzten oder kranken Kinder wurden quasi in das Sekretariat hingeworfen, und niemand konnte sich so richtig kümmern. Jetzt ist die Schulgesundheitsfachkraft da, und die Kinder können dort hingehen. – Was uns auch zurückgemeldet wurde, ist, dass teilweise Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen und dort einfach erst mal einen Tee und Toast bekommen oder die Lehrer gegenüber beim Bäcker, wo auch immer die Schule ist, einkaufen gehen, um den Kindern erst mal ein Frühstück zu besorgen. Ich finde, das muss einfach geändert werden; das geht so nicht. Ich kann auch nicht hungrig auf der Arbeit sitzen und meiner Arbeit nachgehen, und ich finde, gerade Kinder haben es nicht verdient, das durchhalten zu müssen.

Die Grauzonen-Familien sind uns tatsächlich sehr wichtig, denn sie fallen immer wieder herunter. Ich finde, da muss wirklich mehr gemacht werden. Wir wollen allen Familien die Teilhabe ermöglichen. Bei uns – da spreche ich auch für die Kolleginnen, vor allem aus der Familienförderung – lässt sich niemand einen Nachweis zeigen. Es ist eine Art Scham, die dort dann entsteht. Ich habe 2019 den Fachtag für Alleinerziehende organisiert, und auch da haben wir natürlich gesagt, es ist ein Aktionstag für Alleinerziehende, aber Alleinerziehende sind auch Familie, und niemand muss sich allein fühlen. Ich glaube, es ist immer wichtig, wie man etwas an die Öffentlichkeit bringt und wie man sagt, jeder ist willkommen, wie auch das Jugendamt sagt: Wir sind für jedes Kind da! – Natürlich gucken wir genau auf die Kinder und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, aber wenn drei Familien mehr dazukommen, die eigentlich nicht den Bedarf haben, können sie trotzdem das Angebot nutzen. Das ist uns sehr wichtig.

Mit den Alleinerziehenden ist es tatsächlich so, wie es gesagt wurde: Sie haben einfach den schwereren Stand. Das merken wir immer wieder. Ich bin da auch im guten Austausch mit der Netzwerkkoordinatorin bei uns im Bezirk. Die Stelle wurde auch 2019 geschaffen und ist da auf einem guten Weg. Wir haben in Lichtenberg sowieso ein großes Netzwerk. Wir haben alle drei Monate einen Fachbeirat mit verschiedenen Ämtern, mit verschiedenen Koordinationsstellen, sodass sich immer wieder rückgekoppelt wird: Wie sieht es aus? Gibt es Bedarfe? Gibt es eine Doppelstruktur? –, denn wir müssen nicht alle an demselben Thema arbeiten, und am Ende kommt vielleicht das gleiche Ergebnis oder kommen zwei verschiedene Ergebnisse heraus; das brauchen wir nicht.

Frau Burkert-Eulitz fragte: Was ist an Neuerungen notwendig? – Ich kann dazu noch gar nichts sagen, weil ich noch nicht so lange arbeite, aber ich hoffe da sehr auf Frau Lettner, die das beantworten kann. – Was natürlich toll ist und in diesem Jahr angefangen hat: Wir haben Runden vom Senat; die Koordinations- und die Kernteams treffen sich jetzt alle drei Monate, um in den Austausch zu kommen. Wir haben viermal im Jahr eine Qualifizierung mit „Mit-Wirkung“, um uns weiterqualifizieren zu können. – Und ja – verbessern Sie mich! –, es gibt aktuell nur drei Koordinatorinnen. Die anderen Stellen werden aber, soweit ich weiß, auch gerade besetzt. Wir haben uns untereinander entschieden, dass wir einen Jour fixe einführen, nur für uns Koordinatorinnen, einfach um zu gucken: Was passiert denn gerade bei euch im Bezirk? Wie sieht es aus? –, denn wir müssen nicht alle allein für uns arbeiten, sondern wenn wir als Berliner Gesamtstrategie etwas erarbeiten wollen, dann kann man zusammenarbeiten. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Was ich noch sagen möchte: Wir haben vier verschiedene AGs in sämtlichen Bereichen, die an die Berliner Strategie angedockt sind, und wir berücksichtigen in diesen AGs alle Altersklassen von 0 bis 18 Jahren, sei es die musikalische Früherziehung, sei es das Projekt „Unternehmen mit Klasse“, bei dem die 7. bis 10. Klasse quasi mit einem Unternehmen pro Schulklasse versehen wird, sei es die Zahngesundheit, die schon im Alter von null bis drei Jahren anfängt. Uns im Bezirk und auch Frau Schuler als meiner Vorgesetzten und Stadträtin ist es ein großes Anliegen, dass alle Kinder gesehen werden und alle Kinder und Jugendlichen beteiligt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Prof. Dr. Schöb, bitte schön!

Dr. Ronnie Schöb (Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft): Ich fange einmal an mit dem Optimismus, wo wir vielleicht in zehn Jahren stehen können: Ja, ich bin optimistisch, sonst würde ich mich nicht dafür einsetzen, dass da etwas passiert. Ich sehe momentan tatsächlich so etwas wie ein Window of Opportunity, dass da mehr passiert, und zwar gerade, als die Diskussion um die Kindergrundsicherung aufkam, denn die ist im Prinzip genau die richtige Richtung, dass man sagt: Okay, wir müssen – Kindergrundsicherungsleistung – auf der einen Seite so ein Garantieniveau einziehen und darüber hinaus eine einkommensabhängige Komponente. Das ist genau das Prinzip der Subsidiarität. In dem Maße, wie Familien für ihre Kinder selbst sorgen können, sollen sie auch ein bisschen in die Pflicht genommen werden. Diejenigen, die kein Einkommen haben, können das nicht, die müssen also sehr viel bekommen. Diejenigen, die viel Einkommen haben, kriegen eben dann das Kindergeld. Das wäre diese Zweiteilung, und das könnte man in dieses System integrieren. Von daher ist die grundsätzliche Herangehensweise etwas, was ich sehr begrüße. Was dann herauskam, war enttäuschend. Das war auf über 100 Seiten eine perfekte Reproduktion des bestehenden Systems mit anderem Namen und einigen Schlechterstellungen, die über ein Schlechterstellungsgebot [sic!] über eine Übergangsphase rausradiert wurden, mit teilweise furchtbaren Konsequenzen. In der Kindergrundsicherung ist zum Beispiel die Kinderwohnkostenpauschale drin. Die wird im Bürgergeld mit den Kosten der Unterkunft vollständig verschmolzen. Das heißt, man kriegt von der Kindergrundsicherung 120 Euro, und das Jobcenter muss die 120 Euro wieder zurückfordern. Noch schlimmer wird es, wenn das Jobcenter die Miete direkt überweist. Dann muss es an die Familie herangehen und sagen: Hey, zahlt uns jetzt 120 Euro bar wieder aus! – Das sind solche Absurditäten, die genau aus diesem Potpourri von verschiedenen Systemen resultieren.

Was es meiner Meinung nach bräuchte, ist die Bereitschaft, dass sich die verschiedenen Ministerien, die für die einzelnen Komponenten – Kindergrundsicherung, Wohngeld, Bürgergeld, und mit dem Kindergeld ist auch das BMF noch mitbeteiligt – zuständig sind, einmal zusammensetzen und ressortübergreifend über eine Neuausgestaltung der Grundsicherung nachdenken und dann ein System schaffen, in dem es eine allgemeine Grundsicherung gibt, wo dann die drei Säulen Wohnbedarfssicherung, Kindergrundsicherung und Bürgergeld, das dann eigentlich nur noch für die Erwachsenen, und zwar für den alltäglichen Bedarf ausgestaltet ist, zusammengefasst werden. Das ist so die Grundidee. Dann kann man auch innerhalb der Rechtskreise die einzelnen Dinge noch relativ autonom gestalten, aber man hätte trotzdem ein einheitliches System, und – es wurde vorher auch angesprochen – es gibt eine einzige Anlaufstelle, die dann auch dafür sorgt, auf die einzelnen Töpfe zuzugreifen. Das wäre die Grundidee des Vorschlags, den der Beirat beim BMF gemacht hat.

Zur Frage der Hinzuverdienstmöglichkeiten – zunächst einmal zur Frage: Warum 30 Prozent? – Wir können auch über andere Größenordnungen sprechen, aber der Punkt ist: Wenn jemand arbeitet, und er ist sozialversicherungspflichtig, gehen schon mal 20 Prozent weg. Wenn ich dann lohnsteuerpflichtig werde, fange ich mit 14 Prozent an; dann bin ich bei 35 Prozent. Und irgendwo muss ich auch noch die Förderleistung abschmelzen, denn sonst bin ich sogar in Einkommensbereichen von 8 000 oder 10 000 Euro, in denen ich immer noch Grundsicherungsleistungen bekomme; das ist ja nicht Sinn und Zweck der Sache. Ich muss also auf der einen Seite schauen, dass ich noch genügend schnell abschmelze, aber auf der anderen Seite auch genügend Anreize gebe, mehr zu arbeiten. 30 Prozent ist etwas, das in der aktuellen Diskussion immer wieder die Hausnummer ist, die genannt wird, die aber auch variiert wird. Gerade das Gutachten, das für das BMAS gemacht wurde, hat verschiedene Varianten diskutiert und hat gerade für die Variante mit 30 Prozent gezeigt, dass man die durchaus aufkommensneutral ausgestalten kann. Von daher ist das für mich ein ganz guter Referenzpunkt.

In dem Zusammenhang wurde auch das soziokulturelle Existenzminimum angesprochen. Ich muss ehrlich sagen, außer durch die inflationsbedingte Diskussion war ich immer enttäuscht, dass es nie eine große öffentliche Diskussion über die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums gibt. Die Regelbedarfssätze wurden im Bundestag immer in Fünf-Minuten-Sitzungen einfach durchgewinkt. Das ist für mich eigentlich eine große gesellschaftliche Diskussion, die geführt werden muss: Wie viel wollen wir eigentlich – am unteren Ende – denen, die bedürftig sind, zahlen? – Das vermisse ich ein bisschen.

Jetzt kam die Frage: Warum eigentlich bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten? Warum nicht das Mindesteinkommen erhöhen? – Nun, da kommt genau diese Wechselwirkung zum Tragen. Angenommen, Sie erhöhen den Mindestlohn um 2 Euro, und Sie arbeiten Vollzeit, dann kriegen Sie brutto etwa 320 Euro mehr. Das bedeutet, wenn Sie eine vierköpfige Familie sind, sind Sie immer noch im Bürgergeldbezug, wenn Sie im Bürgergeldbezug bleiben und nicht ins Wohngeld wechseln. Das heißt, Sie kriegen keinen Cent davon mehr. Da können Sie die Löhne höher und höher machen, Sie bekommen netto nichts ausgezahlt. Wenn Sie ins Wohngeld gehen und dazu den Kinderzuschlag bekommen – bei der Kindergrundsicherung sähe es nicht anders aus –, dann würden Sie davon genau 5 Prozent mehr bekommen, also 16 Euro netto mehr. Über den Kanal läuft es also nicht, wenn wir nicht die Hinzuverdienstmöglichkeiten, auch in der Abschmelzrate, der Transferenzugsrate, korrigieren; dann kann man das interaktiv durchführen.

Letzter Punkt, noch mal zu den 30 Prozent: Momentan ist es im Bürgergeld so, dass Sie maximal 378 Euro hinzuverdienen können. Wir wären dann – bei Mindestlohn – in einer Größenordnung von etwa 600 Euro, die man hinzuverdienen kann, nur, um mal eine Zahl zu nennen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Lieben Dank! – Frau Lettner, bitte schön!

Dagmar Lettner (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., stellvertretende Leitung des Projekts „MitWirkung – Perspektiven für Familien“): Es waren wirklich viele und sehr spannende Fragen, aber vielleicht fange ich mal an – ich gucke zu Regine Schefels – und kann etwas sagen zu den bezirklichen Koordinationen und Kernteams. Es sind zwölf Bezirke, und manchmal ist es frustrierend, wie lange es dauert, dass wir so lange an den Prozessen dran sind. Aber ich kann sagen: Es sind fast alle Bezirke tatsächlich in Bewegung, entweder in den

Ausschreibungsverfahren derzeit – es gab noch das Vorhaben mit einer einheitlichen BAK, wo einige Bezirke gesagt haben: Unsere Personalabteilung nimmt uns das nicht ab, wenn wir nicht eine richtige BAK haben. – Das ist aber jetzt auch durch. Das heißt, wir können sagen, wir haben einige Bezirke, die sich gegen eine Koordination entschieden haben, weil sie sagen, sie setzen an schon existierende Strukturen von Kernteams an. Alle anderen Bezirke haben sich jetzt so aneinander orientiert, dass man sagen kann, es ist jetzt in fast allen Bezirken so, dass die Stellenbesetzung, sagen wir mal, zumindest greifbar ist. Das ist schon total gut. Ich möchte auch noch sagen: Dieser Hebel mit den Mitteln für die Bezirke – es ist total gut, dass es jetzt diese Mittel gibt für die Bezirke, einerseits für den Strukturaufbau, da auch noch etwas zu machen, und auf der anderen Seite ganz konkret Maßnahmen aufzustocken.

Ansonsten zum Stand, Frau Burkert-Eulitz, vielleicht auch dazu: Ja, ich freue mich total, dass das Thema „Was lange währt, wird endlich gut“ – – Und ich glaube, das wird uns die nächsten Jahre auch begleiten, dass wir an diesem Thema weiter arbeiten. Deswegen mein Appell, dass es wirklich auch partei- und legislaturperiodenübergreifend funktioniert, denn es geht immer in kleinen Schritten vorwärts und dann wieder rückwärts. Demokratie ist wirklich etwas Wunderbares. Gleichzeitig haben uns die Neuwahlen wieder einen Schritt zurückgeworfen, sodass wir in vielen Bereichen wieder neu um politische Unterstützung werben mussten, wieder neu aufsetzen mussten. Das ist einfach ein längerer Prozess.

Frau Seidel! Sie haben gefragt: Was heißt „aneinander vorbeiarbeiten“? – Da möchte ich vielleicht noch mal diesen Punkt nennen: Was ich damit konkret meine, ist das, was auch Herr Liecke eben sagte, dieses Überhaupt-voneinander-Wissen. Also Wissen, Haltung, Handeln steckt dort eigentlich genau drin. Was weiß ich eigentlich, was meine Kolleginnen und Kollegen machen in dem Bereich, sei es, dass ich als Fachkraft direkt mit den Familien arbeite oder dass ich in der Verwaltung sitze und weiß, was nebenan ist? Was für eine Haltung habe ich auch, im Miteinander zu arbeiten? Und wie handele ich dann auch tatsächlich miteinander? – Ich habe gedacht, ich möchte lieber ein positives Beispiel nehmen vom Miteinanderarbeiten, etwa aus Mitte, wo sich das Team Alleinerziehende des Jobcenters auf den Weg gemacht hat; sie beraten jetzt immer in Familienzentren. Dort arbeitet man nicht nebeneinanderher und wartet, dass Menschen kommen, sondern man geht vor Ort hin, oder man hat auch die Beratung für den Kinderzuschlag auch dort in der Kitagutscheinstelle, dass man einfach fragt: Wie kann man dort gut miteinander, Hand in Hand arbeiten? – Das verstehe ich auch unter Kokreation. Wir haben nicht diese Mischfinanzierung, und wir denken zu sehr in den Rechtskreisen. Es kommt schnell zu diesem: Ich bin nicht zuständig! – Es gilt hinzukommen zu diesem: Was kann ich trotzdem tun in meiner Rolle und Verantwortung, wenn ich das jetzt höre, wenn ich höre mit Blick auf die Familien, was getan werden muss? Was ist das, was nehme ich für mich mit, und wie komme ich dann praktisch in einen Austausch?

Auch hier habe ich mir ein Beispiel aufgeschrieben für so eine kleine Kokreation. Das Kernteam in Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich auf den Weg gemacht, zu sagen: Wir wollen noch mal wer/was über die Bedarfe von Alleinerziehenden in einer Region wissen! –, und haben im Kernteam zusammen erstellt: Wie soll die Befragung konzipiert werden? Wer kann was machen? Wie machen wir die qualitativen Interviews? – und so weiter, um noch näher heranzukommen. Wie schaffen wir gemeinsam Neues? – Dazu brauchen wir die Bereitschaft, miteinander zu arbeiten, und, das ist uns auch immer wichtig, den Rückhalt, viel die Amtsleitung und auch die politische Ebene miteinzubeziehen, dass man das auch einfach darf.

Zu der tollen Frage von Herrn Freier-Winterwerb: Das ist natürlich echt extrem, dieses: Erreichen wir die Richtigen? – Auch bei kostenfreien Angeboten beschäftigen wir uns schon länger mit dem Ansatz des Präventionsdilemmas. Im Grunde verschärfen wir es. Wenn wir etwas kostenfrei anbieten, kommen häufig die Menschen, die ressourcenstark sind und sagen: Ach Mensch, das ist auch für mich ein gutes Angebot! – Wie kommen wir trotzdem dahin, zu sagen: Ja, wir möchten hier an dieser Stelle Ungleiches ungleich behandeln und möchten noch mal genau hingucken? – Ich glaube, das ist es tatsächlich, dieses genaue Hingucken in – zum Beispiel – Familienzentren. Das sind auch oftmals sehr schmerzhafte Prozesse. Wenn man sich als Fachkraft eingestehen muss und sagen muss: Ja, es ist schön, dass wir jetzt hier Menschen haben, die in unseren Angeboten sind, aber es sind nicht die Menschen, für die wir die Angebote eigentlich gedacht haben. –, dann hilft hier, wenn Sie mich fragen, Arbeit an der eigenen Haltung, nämlich zu überlegen: Was weiß ich von der Lebenswelt? Wie könnte unsere Einrichtung, wie könnte unser Angebot auch wahrgenommen werden? Wie komme ich in einen echten Austausch mit den Familien? Wie erfahre ich von den Leuten aus meinem Umfeld, welche Barrieren vielleicht auch bestehen? – Ich denke, dieses echte Interesse aneinander, an den Familien, auch in der Nachbarschaft, an den Leuten mit ihren Herausforderungen, macht viel aus. Das verstehe ich so unter Armutssensibilität: Wie kann ich meine eigenen Privilegien wissen und reflektieren? Wo weiß ich, woher ich komme und was mir vielleicht geholfen hat? Wie gelingt es mir, auch im Kolleginenteam zu sagen: Ja, wir haben zwar ein volles Haus, aber es sind nicht die, für die wir eigentlich unsere Angebote gedacht haben? – Das sind oft auch schmerzliche Punkte im Miteinander mit den Kolleginnen.

Da hilft uns eine der strategischen Leitlinien, die Wirkungsorientierung, nämlich hinzugucken und zu fragen: Wen möchten wir denn erreichen? Zum Beispiel bei den Schulgesundheitsfachkräften gilt es, den Blick ganz explizit darauf zu richten und zu sagen: Es soll hier vor allem um Kinder und Jugendliche in Armutslagen gehen. Wie stellen wir sicher, dass vor allem diese Kinder und Familien erreicht werden?

Herr Simon! Das mit dem bedeutungsvollen Dritten war vielleicht etwas verwirrend gesagt. Ich höre sehr viele Interviews und Beiträge zum Thema, wie Menschen in Armutslagen beschreiben, wie sie dort herausgekommen sind. Es ist immer sehr viel die Rede davon, dass es um Glück und Zufall geht, also zufällig ein Angebot zu finden oder Glück zu haben, eine Lehrkraft zu finden, die sich kümmert, jemanden, der sich kümmert, eine Erzieherin zu finden, die ein Herz hat für die Familie und einfach auch aufgeschlossen ist. Das ist das, was ich meine: Wie können wir als Fachkräfte bedeutungsvolle Dritte für Familien sein? –, in diesem Sinne. Also wie können wir es in unserem oftmals belasteten Arbeitsalltag trotzdem wahrnehmen, wenn es eine Familie ist? Da muss ich manchmal genau hingucken. Armut ist häufig verbunden mit Scham und Schuld, sie versteckt sich oft gern. Wie kann ich wirklich so ein Vertrauensverhältnis aufbauen und sagen: Ich nehme mich mal dieser Familie, dieses Kindes an, und ich nehme da meine Verantwortung als Fachkraft wahr, gucke da mal ganz genau hin und schaffe einen würdevollen Rahmen und gucke: Was braucht diese Familie vielleicht noch mal an einer besonderen Ansprache?

Ja, natürlich, wenn man einmal anfängt hinzugucken: Kinder aus Geflüchtetenfamilien. Wenn Belastungen so zusammenkommen, also man sieht, wo sich Belastungen finden, die zusammenkommen, auch Kinder, die von chronischen Krankheiten, von Behinderungen betroffen sind, Kinder von Alleinerziehenden, also wenn sich Risikolagen verschärfen, müssen wir noch mal besonders hingucken. Vielleicht kann ich sagen: Das wird sich wahrscheinlich in

den verschiedenen Bezirken noch mal herausstellen. Es wird viel daran gearbeitet werden, noch mal zu gucken: In welchen Sozialräumen schauen wir noch einmal ganz genau hin? Es geht nicht darum, im Bezirk mit einer Gießkanne herumzugehen, sondern zu gucken: Wo fangen wir ganz konkret an? – Um auch dort einen Horizont zu geben: Ehrlicherweise sind wir in vielen Bezirken noch mal in diesem Bereich Prework, also dieses Aufsetzen der Prozesse, dieses Anknüpfen, das Identifizieren von Strategien, die es schon gibt, Leute an einen Tisch zu holen. Was verstehen wir denn unter „Strategie“, das so zusammenzubringen? – Das ist häufig die Arbeit, ich sage mal, zwei Schritte vor, einen guten wieder zurück. Es ist so ein bisschen: Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen –, aber es ist eine Arbeit, die uns die nächsten Jahre alle beschäftigen muss.

Das würde ich mir einfach auch von Ihnen hier wünschen, dass Sie dieses Thema für sich weiter mitnehmen und mit so viel Interesse betrachten und einfach auch gucken, was Sie als Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie machen können, damit die Zugänge zu Familien gestärkt werden können, gerade mit Blick auf die, die es brauchen, und um vor allem die Multiprofessionalität in den Einrichtungen zu stärken. – Ich hoffe, ich habe so weit alles.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Jetzt hat sich Frau Burkert-Eulitz gemeldet. Ich würde trotzdem fragen: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Sonst würde ich aufgrund der noch zu erledigenden Tagesordnung so langsam die Redeliste schließen. – Das sehe ich nicht. – Frau Burkert-Eulitz, bitte schön!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Die drei Bezirke sind noch offen, bei denen das ist. – Das Zweite ist: Wir haben jetzt immer über Strukturen und so weiter gesprochen. Wenn man sich die Leitlinien oder die Strategie anschaut, ist Nummer 5: Wirkungsorientierung fördern. – Das ist 2021 beschlossen worden. Jetzt sind wir im Jahr 2024. Was ist die Wirkung von all dem? Es waren ja auch fünf Jahre Vorbereitungsarbeit, und davor gab es auch schon mal fünf Jahre, in denen man zusammengesessen hat. Meine Wahrnehmung, und das ist leider nur eine Wahrnehmung, weil es irgendwelche Erfassungen, Evaluierungen nicht gibt – jedenfalls kenne ich die noch nicht –, ist, dass es da auch schon seit 10, 15 Jahren unterschiedliche Entwicklungen in den Bezirken gibt. Einige haben sich da sehr wohl auf den Weg gemacht.

Das andere ist auch noch – zum Beispiel – die Familienförderung. Da geht es nicht darum, dass man besondere Angebote für besonders von Armut betroffene Familien macht, sondern das ist ein Angebot für alle. Das heißt auch, dass es Orte gibt, wo sich alle begegnen können. Das ist auch – wir sitzen hier im Bildungsausschuss – die Diskussion: Wie ist eigentlich unser Schulsystem aufgebaut? – Dass Kinder selektiert werden, dass Inklusion nicht funktioniert und so weiter, das haben Sie für Einzelfälle angesprochen, aber es ist auch systemisch, und es ist nicht nur die monetäre Frage, wofür der Bund zuständig ist. Eine Kindergrundsicherungsdebatte können wir hier nicht führen, weil wir dafür grundgesetzlich schlicht nicht zuständig sind, aber die Frage behandeln, wie wir unsere Strukturen aufbauen, sodass keine Selektion stattfindet, sondern Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Herkunftsniveaus sich begegnen. Irgendwann begegnen sie sich, zum Beispiel, weil bestimmte Gesellschaftsschichten in den Gerichten entscheiden, Sozialarbeiterinnen sind, hier sitzen, Entscheidungen treffen. Da gibt es natürlich ein großes Gefälle.

Deswegen einmal die Frage zur Wirkungsorientierung: Wie sieht es dort aus? Und: Wie ist die Debatte insgesamt neben der Strategie, was eine gesellschaftspolitische Weiterentwicklung angeht?

Vorsitzender Marcel Hopp: Frau Burkert-Eulitz! Das ist auch eine Frage an die Anzuhörenden, nicht? – [Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Und an den Senat!] – Ja, der Senat ist gleich an der Reihe. Aber dann würde ich das erst mal zurückspielen an die Anzuhörenden. Wer sich da berufen fühlt zu antworten, sehr gerne!

Dagmar Lettner (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., stellvertretende Leitung des Projekts „MitWirkung – Perspektiven für Familien“): Die bis jetzt existierenden Koordinationen sind in Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Steglitz-Zehlendorf. Meines Wissens nach müsste jetzt mindestens Reinickendorf besetzt sein. Ich weiß von einem Bezirk – Treptow-Köpenick –, wo es bis jetzt noch keine Bestrebungen, also wo ich noch nicht so viel gehört habe. Alle anderen besetzen entweder Kernteams oder aus Personal, oder da laufen gerade die Besetzungsverfahren oder sind angestoßen.

Zum Thema Wirkungsorientierung kann ich noch sagen: Da sprechen Sie einen großen Punkt an. Ich nehme noch mal die Schulgesundheitsfachkräfte als Beispiel: Auch supergut evaluierte Programme verwandeln sich wider Erwarten nicht sofort in bezirkliche Bausteine. Wir haben die Grüne Liste Prävention, alles Mögliche, wo es superevaluierte Angebote gibt. Der Weg dahin ist länger. Wir arbeiten hier damit, dass wir sagen, es geht auf der Ebene der Fachkräfte darum, Wirkungsorientierung auch in die eigene Haltung hineinzubringen, also: Auf welches Ziel steuern wir hin? Welches ganz konkrete kleine Brötchen nehmen wir uns vor und können daraus exemplarisch ableiten, wo wir sehen, dass auch Wirkung passiert?

Auf der anderen Seite könnte man zum Thema Wirkungsorientierung sagen – vielleicht könnte Regine Schefels da noch ergänzen –: Es ist eingebunden in den Nationalen Aktionsplan, wo es auch größere Indikatoren gibt, wo es sich vielleicht auch einbinden lässt. Denn auch das Wirken von Strukturen, die Wirkungsorientierung ist nicht so leicht zu belegen. Die Frage ist dann: Was machen wir, wenn es belegt ist? – Ich bin eher eine Verfechterin von diesem Hands-on, dass wir gucken, wie wir mehr Bewegung und Energie hineinbekommen, und da hilft uns die Wirkungsorientierung oft als sehr guter Motor.

Das andere habe ich eben auch schon gesagt: Klassismus ist ein großes Thema – Check your privilege, alle, die wir hier sitzen. Wie wir hier miteinander debattieren, wer hier mit wem spricht, die Frage, wer welche Entscheidungen trifft, das sind natürlich Themen, die sich überall durchsetzen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Gut, vielen Dank! – Dann gebe ich zur Beantwortung der restlichen Fragen und auch zur Stellungnahme an den Senat. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schefels und ich haben uns geeinigt, uns ein bisschen aufzuteilen.

Ich möchte den Hinweis geben zu den Mittelabrufen im Jahr 2022, dass es dort eine Haushaltssperre beziehungsweise vorläufige Haushaltswirtschaft gab, jedenfalls haushaltmäßige Restriktionen, sodass nicht alle Mittel abgerufen werden konnten. Es lag auch in Teilen daran, dass die Koordinationsstellen noch nicht besetzt waren und die Bezirke deshalb an dieser Stelle die Gelder nicht abgerufen hatten. Im Jahr 2023 sah es dann schon deutlich anders aus. Da haben elf von zwölf Bezirken die Mittel abgerufen. Ich gehe davon aus, dass im Jahr 2024 und im Jahr 2025 die Gelder zweckentsprechend verwendet werden.

Wir haben eine Übersicht. Ich würde – das habe ich mit dem Ausschussvorsitzenden kurz besprochen – Ihnen diese zum Protokoll geben, nachdem wir sie noch einmal aktualisiert haben. Darin können Sie erkennen, wer jetzt nun eine Koordinationsstelle eingerichtet hat, wer Kernteams hat, wie die Sachmittel 2022/2023 ausgegeben wurden und welche Beschluslagen in den Bezirken vorliegen. Ich kann beispielsweise bezogen auf diese Liste aus eigener Anschauung und aus der Erinnerung sagen: Ich habe damals als Jugendstadtrat in Neukölln etwa 2014 oder 2015, genau weiß ich es nicht mehr, zwei Präventionsbeauftragte eingerichtet, nämlich in der Stabsstelle QPK, die dann am Ende aufgeteilt wurden auf das Jugendamt und das Gesundheitsamt. Die tauchen hier gar nicht auf. Hier müssen wir also noch mal ein bisschen nacharbeiten in der Liste.

Aber Sie haben recht: Es gibt bis auf Charlottenburg-Wilmersdorf, die sich nur auf ein Kernteam konzentrieren, das heißt, auf eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zwischen Jugend-, Gesundheits-, Sozialamt und weiteren Akteuren, keine zentrale Koordination. Das wird aus dem Jugendamt heraus geleistet. Und in Treptow-Köpenick: Die müssen sich offensichtlich noch sammeln, sage ich jetzt mal so. Da werde ich mit dem Kollegen Grammelsdorff auch mal das Gespräch führen, wie er sich das für die Zukunft vorgestellt hat. Nichtsdestotrotz sind ansonsten alle Bezirke auf dem Weg. Ich sehe hier viele, bis auf die, wo steht: Sind besetzt worden –, die drei, viele, also fast alle in der Ausschreibung oder im Besetzungsverfahren. Ich gehe davon aus, dass in Kürze auch die Woman- und Manpower in den Bezirken da sein wird, um dann in die Arbeitsstruktur zu kommen. Aber die Liste bekommen Sie trotzdem noch für das Protokoll aktualisiert.

Es kam auch die Frage nach den bezirklichen Strategien. Ich denke, dass jeder Bezirk für sich sich auch ein Stück weit in diesem Rahmen, in dieser gesamtstädtischen Strategie auf den Weg gemacht hat oder auf den Weg macht, eigene Strategien zu entwickeln. Ich habe das damals in Neukölln gemacht mit dem Handlungsleitfaden Präventionsstrategie, andere Bezirke auch – Marzahn-Hellersdorf, um nicht immer nur Neukölln zu nennen, ebenso. Frau Pohle war damals eine der Mitkämpferinnen in diesem Bereich, die sich da sehr positiv hervorgetan haben zwischen den Bezirken. Wichtig ist mir, dass jeder Bezirk, und ich meine, wir reden hier von zwölf Großstädten wie Bonn oder Bielefeld, sich nicht nur auf den Weg macht, sondern sich intensiv damit beschäftigt, wie sie die Angebotsstrukturen kriegen, die vorhanden sind, die entweder der Senat oder der Bezirk schon in Größenordnungen finanzieren. Es geht in diese Bereiche unglaublich viel Geld hinein.

Das zusammenzuführen, ist, glaube ich, eine der Kernaufgaben, weil Frau Burkert-Eulitz gefragt hat: Wie geht es denn eigentlich weiter? Ihr arbeitet da schon Jahre und Ewigkeiten, und nichts kommt zu Potte! – Das sehe ich tatsächlich gänzlich anders, denn es geht natürlich darum, dass die bestehenden Strukturen und die bestehenden Verantwortungen, so, wie Frau Lettner das gesagt hat, nicht mehr in Zuständigkeiten denken, sondern in Verantwortung über

die Ämtergrenzen hinaus schauen, wie wir unsere Strukturen besser miteinander verzahnen können. Das ist das A und O, und ich sage Ihnen, das ist ein hartes Stück Arbeit. Die Zusammenführung vom Jugend- und Gesundheitsamt seinerzeit hat mich eine Legislaturperiode gekostet, weil die Gräben zwischen den Ämterzuständigkeiten so tief waren. Das ist in anderen Bezirken auch so. Es ist übrigens auch eine politische Leitungsaufgabe der Stadträtinnen und Stadträte in den Bezirken, genau diese Prozesse zu machen; das können wir nicht alles vom Senat aus, und es ist auch nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist, den Gesamtrahmen zur Verfügung zu stellen und die Kolleginnen und Kollegen mit ins Boot zu holen und eine Struktur zu schaffen, die am Ende so gut wie möglich funktioniert. Es gibt keine Wirkungsmessung, keine Gradmessung, die sagt: Präventionsarbeit funktioniert. – Daran muss man einfach glauben. Es gibt ganz wenige Untersuchungen, die sozusagen die Kostenentwicklungen aufzeigen, das, was es kosten würde, wenn man es nicht tut, und wenn man es tut, kann man es aber am Ende nicht messen im Vergleich zu dem, wenn man es nicht getan hätte; das funktioniert einfach nicht, geht nicht. Ich bin der festen Überzeugung, dass Präventionsstrategien funktionieren. Sie können es vielleicht in Indikationen an der Gesundheitsberichterstattung ablesen, wenn Sie sich die letzten zehn Jahre anschauen aus der Gesundheitsberichterstattung im Vergleich zum aktuellen Stand, wie sich das in den Bezirken verändert hat. Natürlich sind da auch Punkte drin wie Bevölkerungsveränderungen, Bevölkerungsaustausch, Bevölkerungsabwanderung in andere Bezirke. Das kommt natürlich auch alles mit dazu. Von daher ist es auch nicht immer alles ganz so klar, aber zumindest für einen Bezirk, den ich relativ gut kenne, kann man so etwas ablesen. Ich denke, das ist ein Stück weit auch ein großer Erfolg insgesamt von solchen Präventionsstrategien.

Und das ist die Perspektive, Frau Burkert-Eulitz, die Bezirke gemeinsam mit unseren Bemühungen so gut auszustatten und aufzustellen, dass diese Aufgabe einfach gelingt. Das ist wirklich eine große Zukunftsaufgabe, denn Präventionsarbeit ist nie fertig, ist einfach nie fertig. Sie können nicht morgen sagen: So, jetzt sind wir fertig, jetzt ist alles schick! – Das wird nicht funktionieren. Das wissen Sie doch selbst ganz genau. Von daher ist das der Punkt, an dem wir ansetzen wollen und müssen.

Ein Satz noch zur Kindergrundsicherung: In diesem Rahmen und in dieser Form brauchen wir über eine konkrete Umsetzung noch überhaupt nicht, nicht mal im Weitesten, nachdenken, weil das Gesetz so schlecht gemacht ist, dass es in keinem Fall in irgendeiner Form wirkungsorientiert ist. Das haben wir auch in unseren Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht, auch im Bundesrat, wo sich die Senatorin sehr klar positioniert hat. Es sind ja noch nicht mal alle Anhörungen im Bundestag dazu erfolgt, auch noch nicht mal die weitere Beteiligung im Bundesrat. Ob es dann im Vermittlungsausschuss landet – ich kann es nur hoffen, damit vielleicht noch irgendetwas aus diesem Gesetz zu retten ist. Aber alles in allem werden wir sehen, wie sich die Koalition auf Bundesebene weiter verhalten wird. Es ist aber auch erst mal nicht ein Berliner Schwerpunktthema.

Zu den Lücken in der Angebotsstruktur: Die gibt es durch die Unterschiedlichkeit in den Bezirken immer wieder hier und da. Da glaube ich, dass die Gesamtstrategie und der enge Austausch sehr viel Sinn machen, auf Best-Practice-Modelle zu gucken: Was läuft gut? – Ich habe das damals auch gemacht. Ich habe die Ideen geklaut aus anderen Bezirken, aus anderen Bundesländern und habe das dann auf meine Verantwortung umgemünzt. So kann es gehen. Da müssen wir nicht jedes Mal das Rad neu erfinden. Das ist genau der Punkt, dass wir am Ende von Babylotsen bis zur Jugendberufsagentur das auch gemeinsam verstehen, diese Ent-

wicklungsschritte. Das hat alles irgendwo mit allem zu tun. Armutsprävention ist nicht nur sozusagen ein Schlachtruf, sondern hat mit der wirklich engen Verbindung der unterschiedlichen Systeme, auch der unterschiedlichen Rechtsbereiche und der Verzahnung und Verschränkung zwischen den Ämtern zu tun. Wenn man das einmal begriffen hat, dann kommen wir, glaube ich, im Land Berlin viel besser ans Ziel, als wenn jeder für sich nur alleine arbeitet; das funktioniert nämlich so nicht.

Es gab die Frage zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Da will ich jetzt nur zwei Punkte nennen, nämlich einmal das Bündnis für Ausbildung. Das hat am Ende auch etwas damit zu tun, dass Armut verhindert wird, indem wir junge Leute in Ausbildung bekommen und sie dazu befähigen. Da gibt es ja die gemeinsame Verabredung zwischen SenASGIVA, SenWiEnBe, unserem Haus, der Senatskanzlei und den Sozialpartnern; auch die IHK, UVB, HWK sind da miteingebunden. Und in dem Zusammenhang ist auch die Einbindung der Jugendberufsagentur zu sehen, die noch einen viel größeren Stellenwert hat oder haben muss. Die gibt es ja nun auch seit einer Weile. Trotzdem haben wir ein hohes Maß an Jugendarbeitslosigkeit. So richtig bin ich damit, ehrlich gesagt, noch nicht zufrieden. Wir haben uns aber auf die Fahnen geschrieben, das in dem Bündnis für Ausbildung deutlich zu verbessern. – Herr Tabor! Seien Sie mir nicht böse, aber die Koalitionsvereinbarung im Bund ist für mich hier nicht zu exekutieren. Gott sei Dank muss ich das auch nicht tun, sage ich jetzt mal so.

Vielleicht so weit erst mal! Zum länderübergreifenden Austausch wird Frau Schefels etwas sagen, und zu einigen Punkten, die ich vielleicht noch nicht erwähnt habe. – Ach so! Frau Burkert-Eulitz fragte noch nach den Gesundheitsfachkräften. Derzeit erarbeiten wir im Hause ein entsprechendes Konzept: Es ist eine Nachbarabteilung, Grundsatzabteilung II, allerdings auch in enger Abstimmung mit dem Bereich von Frau Schefels, sodass wir hier gemeinsam im Rahmen eines Pilotprojekts erst mal weiterkommen. Ich kann mir natürlich vieles wünschen. Ich würde mir auch wünschen, dass so etwas flächendeckend ausgerollt wird, genauso wie ich mir wünsche, dass wir flächendeckende Kitasozialarbeit haben, dass wir flächendeckende Familienzentren an Grundschulen haben und so weiter. Aber ich brauche Ihnen, glaube ich, auch nicht zu erzählen, welche finanziellen Rahmenbedingungen gerade eben auch da sind. Nichtsdestotrotz: Es ist gut, daran zu arbeiten und es voranzubringen und, wenn wir Möglichkeiten haben, das dann auch entsprechend auszurollen. – So weit erst mal von mir, und jetzt, wenn der Ausschussvorsitzende erlaubt, das Wort an Frau Schefels – bitte schön!

Regine Schefels (SenBJF): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Möglichkeit, das noch zu ergänzen! – Es gab jetzt schon relativ viel zu den bezirklichen Strategien auf der bezirklichen Ebene. Ich möchte nur noch ergänzen, dass wir gleich mit Beschluss der Strategie uns überlegt haben, von jedem Bezirk ein Kurzprofil einzufordern. Das haben Sie auch in dem Bericht aus dem Mai lesen können. Mit diesem Kurzprofil war der Anker gesetzt in den Bezirken, sich zu überlegen: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Wo setzen wir unseren Schwerpunkt? Welchen Sozialraum wollen wir zunächst ins Auge fassen? – Über dieses Kurzprofil arbeiten wir immer weiter. Jetzt haben Sie gehört von Dagmar Lettner, dass es einen konkreten Austausch mit den Teams dazu gibt, dass wir einen bezirksübergreifenden Austausch bei uns in der Geschäftsstelle haben. So erarbeiten wir die bezirklichen Strategien Schritt für Schritt.

Zum Länderaustausch möchte ich Ihnen sagen, dass es kommunale Präventionsketten auch in anderen Bundesländern gibt, auch schon möglicherweise länger als in Berlin. Niedersachsen

ist da ein großer Vorreiter. Vielleicht kennen einige von Ihnen das. Da gibt es auch Handlungsleitfäden, die entwickelt wurden. Aber auch Nordrhein-Westfalen ist da sehr aktiv. Deswegen haben wir uns zu dritt hingesetzt und haben einen informellen Arbeitskreis gegründet. Inzwischen sind auch Hessen und Baden-Württemberg dabei. Es sind immer mehr Bundesländer, die auf kommunale Präventionsketten setzen. Deswegen habe ich als Mitglied im Steuerausschuss des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, also des Bundesaktionsplans zur Reduzierung von Kinderarmut, angeregt, ob der Bund nicht eine übergreifende Struktur schaffen will. Ich kann mir etwas vorstellen wie das Nationale Zentrum Frühe Hilfen im Bereich Kinderschutz – das war damals ein Aufschrei, und so ein Aufschrei, glaube ich, sollte Armut schon längst bei uns sein –, dass man also eine bundesweite Struktur schafft, um einen gegenseitigen Austausch und ein Lernen und Vorwärtkommen zu etablieren – und damit natürlich auch immer eine Sichtbarmachung des Themas. Das ist etwas, wofür ich Ihnen hier heute auch sehr dankbar bin, nämlich dass Sie das Thema auf der Tagesordnung haben.

Frau Burkert-Eulitz, glaube ich, insbesondere, aber auch so manch anderer hat nach der Zukunft gefragt. Ich glaube, das Wichtigste ist, dass Sie alle im Blick behalten, dass das etwas ist, woran wir lange arbeiten werden, vielleicht sogar, wie Herr Liecke sagte, immer arbeiten müssen. Frau Burkert-Eulitz hat es selbst erwähnt mit dem Thema Schule. Da wissen wir sofort, das ist ein dickes Brett. Es gibt viele Dinge, die wir noch vorhaben. Wir fangen im Kleinen an und dehnen uns dann immer weiter aus. Aber wir machen ganz konkrete Sachen. Wir haben heute viel über die bezirklichen Strategien und darüber geredet, was da vor Ort passiert. Wir denken auch, das ist das Wichtigste, dass vor Ort die Armutsprävention sich gut aufstellt und dass die Akteure miteinander arbeiten. Aber wer auf dem Fachtag von uns letztes Jahr war, der weiß auch, dass wir eine Leitlinie zur Armutssensibilität und eine Checkliste für Fachkräfte entwickelt haben. Beides wird jetzt auch veröffentlicht werden. Armutssensibilität ist wirklich eine Leitlinie, an der wir kontinuierlich weiterarbeiten.

Auch nach der Wirkung und Wirkungsorientierung wurde gefragt. Da geht es uns nicht um Indikatoren oder Kennzahlen, sondern es geht uns darum, das von Anfang an mit in den Blick zu nehmen. Wenn ich also ein Angebot aufsetze, wie wirkungsorientiert denke ich? Welche Zielstellung verfolge ich? Kann dieses Ziel dann auch eingelöst werden? – Auch dazu haben wir eine Leitlinie entwickelt, die im zweiten Halbjahr dieses Jahres herauskommen wird.

Natürlich sind auch die Maßnahmen des Landes, also nicht nur die Armutsprävention vor Ort, sondern auch die Frage: Wie unterstützt das Land die Bezirke bei der Armutsprävention? –, wichtig. Gerade da haben wir jetzt mit dem Gremium beschlossen, da ganz operativ heranzugehen und zu überlegen: Wie können wir die Landesmaßnahmen noch mal genau analysieren und auf ihre Wirkung und Zugänge hin betrachten? – Wir werden uns also zu einem Ziel unserer 15 strategischen Ziele hinsetzen, alle Landesprogramme sammeln, priorisieren und dann analysieren und gucken, inwieweit sie auf Armutsbelastung wirken. – So weit zur Zukunft.

Mein letzter Punkt ist die Wirkungsorientierung. Das ist etwas, was auf allen Ebenen passieren muss, was man weder nur im wissenschaftlichen Bereich noch nur in der Geschäftsstelle des Landeskommission verorten kann. Wie Dagmar Lettner es schon gesagt hat: Wir wollen die Haltung der Fachkräfte auf der quasi kleinen Ebene stärken, aber wir wollen es in Hinblick auf alle Personen ausdehnen. Also auch Sie, wenn Sie das Interesse haben, etwas Neues

zu gestalten, bitte überlegen Sie: Mit welcher Wirkung gehen Sie daran? Was wollen Sie erreichen? Und inwieweit spielt Armutsgefährdung da eine Rolle? – So weit von mir! – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Wir sind damit am Ende unserer Anhörung und Beratung angekommen. Ich schlage entsprechend der Ausschusspraxis bei Anhörungen mit einem Wortprotokoll vor, dass wir den gesamten Tagesordnungspunkt 3 vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Können wir darüber Einvernehmen erzielen? – Da sehe ich keinen Widerspruch, dann machen wir das so.

Dann bleibt mir noch zu danken, und zwar unseren Anzuhörenden: Vielen Dank, dass Sie heute angesichts unserer umfangreichen Fragen bereitgestanden haben und sie vollumfänglich beantwortet haben! Sie können gerne noch bleiben, wenn Sie wollen. Wir würden natürlich auch verstehen, wenn Sie jetzt in Ihren wohlverdienten Feierabend gehen. Kommen Sie gut nach Hause! Vielen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Pflegekinder in Berlin: Notwendige Neuaufstellung
des Pflegekindschaftswesens nach Reform des SGB
VIII**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0161](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1019
**Pflegekinder stärker unterstützen! Pauschalen zum
Lebensunterhalt erhöhen**

[0182](#)
BildJugFam
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1365
**Rechtsanspruch für Kinder mit Behinderungen –
Verfahrenslots*innen müssen unverzüglich arbeiten!**

[0221](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.